

Demokratie im Zeitalter des Kapitalismus – ein uneinlösbares Versprechen?

Die Redaktion hat vorgeschlagen, zehn Jahre nach der Publikation von ›Demokratie. Das uneingelöste Versprechen‹ eine Bilanz zu ziehen – dass sie pessimistisch ausfällt, wird nicht überraschen. Ich werde vier Aspekte behandeln: Demokratie und Kapitalismus, prozedurale und substanzuelle Legitimität, Klassenkampf und moralische Bevormundung, Konsens und Konflikt.

1. Demokratie und Kapitalismus

1906 schrieb Max Weber, es sei lächerlich zu glauben, Kapitalismus sei mit Demokratie und Freiheit vereinbar¹. Der Kapitalismus hat sich gewandelt, doch Webers Befund bleibt bedenkenswert. Jüngst schrieb Wolfgang Streeck, seit 2008 könne Politik nicht mehr verstanden werden, ohne sie in Beziehung zu setzen zu Märkten, wirtschaftlichen Interessen und Klassenkonflikten². Viele Faktoren haben das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus modifiziert: der Börsenkrach von 1929, der New Deal in den USA, der Aufstieg totalitärer und autoritärer Diktaturen, die Kollaboration von Grosskonzernen mit diesen Regimes, die wiederum kapitalismuskritische Forderungen im Programm der Résistance erklärt. Nach 1945 sind selbst bürgerliche Parteien überzeugt, Kapitalismus vertrage sich mit Demokratie nur dann, wenn man ihn politischer Kontrolle unterwirft, Schlüssel-Industrien seien zu verstaatlichen und den Arbeitern Mitbestimmungsrechte zu garantieren. In der OECD-Welt beginnen die wachstumsintensiven ›trente glorieuses‹; vom steigenden Wohlstand profitieren auch die weniger bemittelten Klassen. Die Aufweichung der Kapitalkontrollen markiert das Ende der Periode. 1974 erhält Friedrich von Hayek – zusammen mit Gunnar Myrdal – den Wirtschaftsnobelpreis. Er misstraut der Demokratie; der »li-

beralen Diktatur«, wie sie kurz zuvor Pinochet in Chile errichtet hatte, gibt er den Vorzug. Die Umsetzung kapitalfreundlicher Politik in Chile, Grossbritannien und den USA läutet das »neoliberale« Zeitalter ein, geprägt von sinkendem

Urs Marti-Brander

Professor für politische Philosophie an der Universität Zürich. Jüngste Veröffentlichung: Rousseaus Schuld. Ein Versuch über die Entstehung philosophischer Feindbilder. Basel 2015.



Wachstum, zunehmenden Wohlstandunterschieden, dem Ende der Vollbeschäftigung und erhöhter Krisenanfälligkeit.

Deregulierung, Investitionsschutz, Privatisierung von Gütern und Dienstleistungen sind wesentliche Anliegen einer kapitalfreundlichen Politik. Eine Gefährdung der Demokratie stellen solche Massnahmen dar, wenn sie finanzstarken Akteuren bessere Chancen, zu ihrem Recht zu kommen, verschaffen als finanzschwachen. Während öffentliche Güter und Dienstleistungen einen Rechtsanspruch auf deren Nutzung garantieren, kann bei privaten Gütern die Kaufkraft potenzieller Nutzer den Ausschlag geben. In Streecks Urteil ist Neoliberalismus mit Demokratie unvereinbar, »sofern unter Demokratie ein Regime verstanden wird, das im Namen seiner Bürger mit öffentlicher Gewalt in die sich aus dem Marktgeschehen ergebende Verteilung wirtschaftlicher Güter eingreift.« Je mehr sich Marktgesetze durchsetzen, desto enger werden die Handlungsspielräume demokratischer Politik³.

2. Prozedurale und substantielle Legitimität

Kürzlich hat der Handelsausschuss des EU-Parlaments mit 28 gegen 13 Stimmen beschlossen, die Kommission in den TTIP-Verhandlungen mit den USA (Transnational Trade and Investment Partnership) zu unterstützen, jedoch eine Reform der juristischen Instrumente angeregt, die für die Regelung von Investitionsschutz-Streitfällen vorgesehen sind⁴. Private Schiedsgerichte (Investor-to-State Dispute Settlement) stellen den Hauptkritikpunkt der Gegner dar. Falls Investoren mit Verweis auf deren möglicherweise profitmindernde Wirkung Einspruch gegen Gesetze erheben oder von Staaten finanzielle Entschädigung einfordern können, bleibt die Idee der Volkssouveränität auf der Strecke. Es bedurfte relativ langer Zeit, bis die EU-Kommission bereit war, das Problem zur Kenntnis zu nehmen, so wie sie viel Zeit brauchte um einzusehen, dass es weder klug noch möglich ist, die Verhandlungen vor den eigenen Bevölkerungen geheim zu halten und gleichzeitig zahlreichen Rechtsberatern der Konzerne Einsicht in die Dokumente zu gewähren.

Ist das Agieren der EU-Kommission demokratisch legitimiert? Legitimität kann prozedural oder substantiell definiert werden. Prozedural legitim ist eine Entscheidung, wenn das dafür bestimmte Verfahren, in der Regel das Mehrheitsprinzip, korrekt angewandt wird; der Inhalt der Entscheidung ist unerheblich. Schwieriger zu definieren ist der Begriff substantieller Legitimität. Worin die Substanz der Demokratie besteht, ist umstritten: Volkssouveränität, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand für alle, ökonomische Freiheiten? Volkssouveränität meint nicht, die Mehrheit habe immer Recht, vielmehr steht der Begriff



für Selbstbestimmung. Souverän sind Individuen und Staaten, wenn sie die Verhältnisse, die ihre Handlungsspielräume abstecken, effektiv gestalten und verändern können. Das mag angesichts der vielen neuen Akteure, die globalpolitisch von Gewicht sind, als utopisches Ziel erscheinen, ist als Kompass aber nützlich.

In prozeduraler Hinsicht lässt sich der EU-Kommission die Legitimität nicht rundweg absprechen. Dass die EU erhebliche Demokratiedefizite aufweist, ist bekannt. Doch die Kommissionsmitglieder werden von national gewählten Regierungen bestimmt; die Parteien, die TTIP tendenziell unterstützen – Konservative, Sozialdemokraten, Liberale – haben eine komfortable Mehrheit im EU-Parlament. Wer sie gewählt hat, hat auch ihr Programm unterstützt. Angesichts der zurückhaltenden, oft widersprüchlichen Informationspolitik der Kommission in Sachen TTIP ist indes zweifelhaft, ob die Wählenden sich von der Sache überhaupt ein Bild gemacht und über welche Entscheidungskriterien sie verfügt haben. Die EU-Kommission verheisst gerne Wohlstandsgewinne und neue Arbeitsplätze, doch wurden die vollmundig genannten Zahlen von seriösen Ökonomen mehrmals ins Reich der Fantasie verwiesen. Eine prozedurale Betrachtungsweise, die ausschliesslich Wahlergebnisse, nicht aber den Informationsstand der Wählenden oder die Qualität der Informationspolitik interessierter Kreise berücksichtigt, ist ein schwaches Legitimitätskriterium.

Wie steht es um die substanzielle Legitimität? Gilt Volkssouveränität als substanzieller Wert, kommen zwei Aspekte in Betracht: einerseits die legislative Kompetenz, die Gewissheit der Bürgerinnen und Bürger, autonom Gesetze beschliessen zu können ohne – um im Kontext der TTIP-Verhandlungen zu bleiben – multinationale Konzerne um Erlaubnis zu fragen und sich im Sinne ›Regulatorischer Kooperation‹ Gesetze vorschreiben zu lassen, andererseits der Inhalt der Legislation. Gesetze können der Durchsetzung partikularer Interessen dienen oder Bedürfnissen nach selbstbestimmtem Leben Ausdruck verleihen: dazu gehören öffentliche Gesundheits- und Bildungssysteme, die Regulierung von Arbeits- und Finanzmärkten, eine intakte Umwelt, kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten und anderes mehr – Güter, die durch diverse Freihandelsprojekte gefährdet erscheinen. Derzeit ist nicht zu ermessen, in welchem Ausmass sich die Interessen der Investoren durchsetzen und das Recht auf demokratische Selbstgesetzgebung unterminieren werden. Dass Konzerne den Staaten das Gesetz diktieren und ihre Profitinteressen zum Gemeinwohl erklären, dass Staaten erpressbar und oft willfährig sind, ist längst der Fall. Schliesslich sind Kapitaleigner sensible Wesen, mit denen sorgsam umzugehen ratsam ist. Tritt man ihnen zu na-



he, bittet sie Gesetze zu respektieren oder Steuern dort zu zahlen, wo sie dank Nutzung der Infrastruktur Gewinne erwirtschaften, drohen sie mit Investitionsstreik – was sind dagegen schon Streiks der Lohnabhängigen? Das mag als überzeichnet erscheinen; wer sich die Projekte besonders umtriebiger Lobbyisten genauer anschaut, mag aber immerhin ermessen, in welche Richtung es gehen könnte.

3. Klassenkämpfer und Moralapostel

Die kapitalistische politische Ökonomie ist von einer Asymmetrie geprägt: Während die Entlohnungsansprüche des Kapitals als Funktionsbedingungen des Systems gelten, werden entsprechende Ansprüche der Arbeit als Störfaktoren wahrgenommen⁵. Die Funktionsgesetze finden in ideologischen Vorurteilen ihren vulgären Niederschlag: Sparen Unternehmen bei Löhnen oder Parlamente beim Sozialen, zeugt dies von ökonomischer Vernunft; fordern Lohnabhängige einen grösseren Teil am gemeinsam produzierten Reichtum, sind Neid und klassenkämpferische Gesinnung die Motive. Weist die OECD darauf hin, die zunehmende Ungleichheit zwischen Arm und Reich gefährde den sozialen Zusammenhalt wie das Wirtschaftswachstum, hören Verkünder der reinen Marktlehre aus dem Befund bereits klassenkämpferische Töne heraus⁶. Was mag der Grund sein? Paranoia, Verdrängung, die infantile Illusion, man könne Fakten aus der Welt schaffen, indem man ihnen einen bösen Namen gibt? Kapitaleigner mögen habgierig sein, Arbeiter neidgeplagt und umgekehrt – alle sind sie gezwungen, in einem System unerbittlichen Wettbewerbs zu bestehen, moralisierende Werturteile sind überflüssig. Beide Seiten versuchen, mit unterschiedlichem Sanktionspotential ausgestattet, eigene Interessen durchzusetzen.

Ideologischen Klassenkampf ›von oben‹ haben grosse Denker immer schon eifrig betrieben⁷. John Locke gilt als Begründer des Liberalismus und Vorkämpfer der Menschenrechte, obgleich er an der Institution der Sklaverei nichts Unrechtes fand. Allerdings legt er Wert auf den Unterschied zwischen Sklaverei und Lohnarbeit. Wer gegen Lohn seine Dienste vertragsmässig abtritt, ist frei und verfügt über Eigentum an Arbeitskraft. Arbeit als Aneignung natürlicher Güter begründet ein Recht, welches das gemeinsame Recht der anderen ausschliesst. Folgt daraus, dass die arbeitende Bevölkerung über beträchtliches Eigentum verfügt, während die müssige Oberschicht darbt? Dass es sich gerade umgekehrt verhält, ist Locke nicht verborgen geblieben, stellt für ihn aber kein Problem dar. Gott gab die Welt den Fleissigen und Verständigen zur Nutznutzung; dass sie andere für sich arbeiten lassen, ist durchaus sinnreich. Es gibt zwei Klassen von Menschen: Grundbesitzer und Arbeitskraft-



besitzer. Landlose können sich als Tagelöhner den Lebensunterhalt verdienen, moralisch und intellektuell sind sie unqualifiziert. Ihr Leben wird völlig vom Erwerb des Nötigsten beansprucht; ihr Horizont ist so eng, dass sie bloss auf einfache Befehle hören können.

Die Ursachen wachsender Armut sieht Locke weder in der Güterknappheit noch im Mangel an Arbeitsmöglichkeiten, einzig in nachlassender Disziplin und sittlicher Korruption. Die parasitären Armen müssen gezwungen werden, mehr zu arbeiten, als sie zum Überleben brauchen, damit die Fleissigen, die arbeiten, um ihren Reichtum zu mehren, sie nicht mehr unterstützen müssen. Lockes Einstellung wird bis ins 19. Jahrhundert kaum in Frage gestellt. Gemäss verbreiteter Ansicht erfordert wirtschaftliche Prosperität die Existenz einer arbeitenden Klasse, die dazu verdammt ist, am Rande der Armut zu leben; jede gesetzlich verordnete Unterstützung unterhöhlt ihren Arbeitswillen.

Zu den bedeutendsten Klassenkämpfern des 20. Jahrhunderts gehört Friedrich von Hayek. Ihm gab die Demokratisierung Anlass zur Sorge. Die Ideale der Freiheit konnten in einer Zeit gedeihen, in der politische Entscheidungsträger ökonomisch unabhängig waren; die Demokratie stellt diese Ideale in Frage. Im modernen Kapitalismus arbeiten die meisten Menschen als Angestellte; sie verwenden auf Anweisung anderer Mittel, die ihnen nicht gehören, und drohen die öffentliche Meinung zu dominieren. Die Prinzipien, deren Befolgung sie zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft macht, befähigen sie nicht zur Führung der Gesellschaft und Bewahrung der Freiheit. Vorschriften können sie befolgen, selbstständig handeln können – oder sollen – sie nicht⁸. Hayek zufolge sind die Mehrheiten, die in Demokratien die Macht ausüben, noch nicht zivilisiert, sie haben es nicht gelernt, ihre Wünsche durch moralische Regeln zu disziplinieren⁹ – soll wohl heissen: im Gegensatz zur vorbildlichen Askese der Kapitaleigner. Hayek glaubte zu wissen, wie der uner sättliche Appetit der Unterschichten zu zügeln ist. 1939 entwirft er den Plan einer zwischenstaatlichen Föderation, die mittels Marktintegration, Wettbewerb und gemeinsamer Währung politische Regulierungsmöglichkeiten der Einzelstaaten begrenzt und auf Föderationsebene gar nicht erst zulässt. Dank der Freizügigkeit von Menschen und Kapital werde die Besteuerung erschwert, dank Wettbewerb ebenso die Beschränkung von Kinderarbeit, die Begrenzung der Arbeitsstunden oder die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit¹⁰.

Die klassenkämpferische Gesinnung liberaler Denker von Locke bis Hayek manifestiert sich im Bemühen, den Kapitaleignern höhere moralisch-intellektuelle Kompetenzen zu attestieren als den Lohnabhängigen. Sie sind die Besseren, die ›aristoi‹, fähig zur politischen Führung.



Zeichnet sich heute eine neue Aristokratie der Investoren ab sowie eine neue Unterschicht von Menschen, deren Wert bloss der Preis ist, der für die Nutzung ihrer Arbeitskraft bezahlt wird? Wer unter Verheissung künftiger Profite für alle fortwährend zum Verzicht auf ›Annehmlichkeiten‹ wie sichere Arbeitsplätze und existenzsichernde Löhne aufgefordert wird, hat nur noch instrumentellen Wert. Nicht individuelle Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, sondern Wettbewerb ist oberster Zweck. Die totale Instrumentalisierung der Menschen zehrt gewaltig an der Substanz der Demokratie.

4. Konsens und Konflikt

Griechenland könne seine Schulden nur zurückzahlen wenn es seine Ökonomie in eine Sklavenwirtschaft umwandle, so befand kürzlich die Financial Times. Totale Unfreiheit und Suspendierung demokratischer Instrumente als Voraussetzung ökonomischer ›Gesundung‹? So sehen es die EU-Verantwortlichen nicht, auch wenn sie bereits 2011 anlässlich des vom damaligen griechischen Ministerpräsidenten angekündigten Referendums zu verstehen gegeben haben, was sie von der Demokratie halten (und ein deutscher Minister es offen ausspricht). Sie wollen lediglich Griechenland ermahnen, sich an Regeln zu halten und Verträge einzuhalten, wie sie beteuern. Zum Thema (il)legitimer Staatsschulden gibt es mittlerweile eine reiche Literatur¹¹. Laut Artikel 55 der UNO-Charta sind Schulden illegitim, wenn sie demokratische Selbstbestimmungsrechte aushebeln; im Interesse von Frieden und Freundschaft zwischen den Nationen sind die Verbesserung des Lebensstandards, Vollbeschäftigung und die Voraussetzungen für ökonomischen und sozialen Fortschritt zu fördern. Neuerdings wird wieder daran erinnert, dass 1952 anlässlich der Verhandlungen über Schuldenerleichterungen für die Bundesrepublik Deutschland die deutsche Seite geltend gemacht hat, die Rückzahlung könne für die deutsche Volkswirtschaft ruinöse Auswirkungen haben. Bei den Unterhändlern stiess sie damit auf offene Ohren; massive Schuldenreduktionen wurden beschlossen. Deutschland wurde viel Verständnis entgegengebracht; wieso kann Griechenland heute damit nicht rechnen? Weil es die Frechheit besitzt, ein ›linkes‹¹² Programm zu unterstützen?

EU-Verantwortliche erklären, sie würden ihre Politik nicht wegen demokratischer Wahlen ändern; sie spekulieren auf die Blamage einer Regierung, die mangels europäischen Kooperationswillens ihre Versprechen nicht einlösen kann. Zur aufgezwungenen Sparpolitik gebe es keine Alternative, so die Rechtfertigung. Wie steht es um die Weisheit von Verantwortungsträgern, die seit Jahren Länder bevormunden und Aus-



teritätskuren verschreiben, im Wissen um deren ruinöse Folgen? Was erklärt die hartnäckige Weigerung, Fakten zur Kenntnis zu nehmen? Wirtschaftliche Interessen, ideologischer Starrsinn, die Furcht, dem Wahlvolk gestehen zu müssen, seit Jahren ungeeignete Rezepte angewandt zu haben? Wie Studien belegen, ist eine Sparpolitik, die funktionierende öffentliche Dienste, soziale Sicherheitssysteme, Bildungsinstitutionen und medizinische Versorgung demontiert, hohe Arbeitslosigkeit in Kauf nimmt sowie Arbeits- und Finanzmärkte dereguliert, eine denkbar schlechte Voraussetzung für Wachstum. Selbst der IWF hat vor einigen Jahren die katastrophale Auswirkung von Budgetkürzungen eingeräumt, die heutige Führung lässt sich davon nicht beirren. Was die Substanz der Demokratie betrifft: Man möchte meinen, die Sorgen jener, die mit der Arbeit jede Perspektive verloren haben, deren Löhne und Renten fortwährend gekürzt werden, am rabiatesten bei den untersten Einkommen, die sich medizinische Versorgung nicht mehr leisten können und ihre Kinder in Schulen schicken, denen es am Nötigsten fehlt, müssten mehr Gewicht haben als jene der Gläubiger – ein frommer Wunsch. Griechenland erfährt eine diskriminierende Sonderbehandlung durch die EZB, dem Land zustehende Beträge werden nicht ausbezahlt. Warum die Schikanen: aus Angst vor »Ansteckungsgefahr«? Bei den von der EU geforderten Privatisierungen sind handfeste Interessen im Spiel. Es gilt, öffentliches Vermögen unter dessen Wert zu erwerben. So wurden etwa 2013 mehrere öffentliche Immobilien verkauft und danach den bisherigen Nutzern wiedervermietet – zum mehrfachen Preis des Erlöses¹³. Dass Griechenlands Oligarchien weitgehend von Steuern befreit sind, scheint den Verhandlungspartnern erst nach dem Wahlsieg von Syriza aufgegangen zu sein.

Es ist nicht leicht, sich über die tatsächlichen Streitpunkte bei den Verhandlungen zu informieren. Lohn- und Rentenkürzungen sowie die Deregulierung des Arbeitsmarkts stehen ganz oben; weil Syriza versprochen hat, eben das nicht zu tun, gilt die Regierung als unflexibel und uneinsichtig. Dass Versprechen zu nichts verpflichten, scheint für manche europäischen Politiker ohnehin klar zu sein. Alexis Tsipras hat jüngst die zahlreichen Reformvorschläge seiner Regierung dargelegt; in den Medien und den Verlautbarungen der Verhandlungspartner war davon kaum die Rede. An Griechenland soll ein Exempel statuiert werden; anderen Ländern, die versucht sein könnten, einen alternativen Weg einzuschlagen, soll es als abschreckendes Beispiel dienen¹⁴. Ein vernünftiger Konsens zwischen Gläubigern und Schuldnern ist nicht in Sicht. Griechenland stellt heute die erste wirkliche Herausforderung für die neoliberale Politik der EU dar. Die Situation der Regierung wird schwie-



riger, die Unterstützung wohl abnehmen. Umso dringlicher, dass sie nicht davon ablässt, allen Betroffenen klar zu machen, dass es in Demokratien nicht um die Ausführung von Befehlen geht, sondern um die Austragung von Konflikten, worin sich gegensätzliche Vorstellungen legitimer Ordnung artikulieren. Die EU wird wohl alles daran setzen, das Experiment scheitern zu lassen. Ob die Währungsunion Bestand haben wird, ist unter Ökonomen umstritten – als demokratisches Projekt hat die EU ihre Glaubwürdigkeit verspielt.

P.S. Ende Juli

Mit Unparteilichkeit, Verständnis, gar Sympathie seitens der europäischen Medien kann Griechenland nur beschränkt rechnen; die Wahrheit ist für manche Medienschaffende gerade in seinem Fall zum vernachlässigbaren Wert geworden. Doch es gibt beachtliche Ausnahmen. Dass der Umgang mit Griechenland und seiner Regierung, die explizite Missachtung demokratischer Willensäußerungen das Demokratiedefizit der EU in aller Deutlichkeit offenlegt¹⁵, ist zur Kenntnis genommen worden, ebenso das völlig irrationale Festhalten an einer Politik, deren Scheitern seit Jahren offensichtlich ist¹⁶. In einer Welt gigantischen Reichtums ist das Leben für die Griechinnen und Griechen zur Überlebensübung geworden; wie es Varoufakis in Anspielung an Thomas Hobbes formuliert: »It is becoming nasty, brutish and ... short«¹⁷.



Anmerkungen

- 1 Weber 1958, 60f.
- 2 Streeck 2013, 17.
- 3 Streeck 2013, 90f.
- 4 NZZ, 29.5.2015, 27.
- 5 Streeck 2013, 95.
- 6 NZZ, 22.5.2015, 23.
- 7 Vgl. ausführlicher: Marti 2009; 2014.
- 8 Hayek GS, A5, 261-276.
- 9 Hayek GS, A5, 126.
- 10 Hayek 1980, 255-272; vgl. Streeck 2013, 141-148.
- 11 Vgl. Chesnais, LMD Mars 2015.
- 12 Was das genau heisst, bliebe zu definieren. Das Etikett ›linksradikal‹ für Syriza ist missverständlich, die PASOK-Programme von 1974 und 1981 waren weit radikaler. Syriza hat einen starken marxistischen Flügel; die Politik des sozialdemokratischen Flügels zielt verständlicherweise auf die Beendigung der Austeritätspolitik.
- 13 LMD Juin 2015.
- 14 www.lemonde.fr/economie/article/2015/05/31/alexis-tsipras-l-europe-est-a-la-croisee-des-chemins_4644263_3234.html.
- 15 The Guardian Weekly, 10-16 July 2015.
- 16 Pantelouris, Michalis: Der Geldbote von Amorgos. Die Zeit, 16. Juli 2015.
- 17 www.project-syndicate.org/commentary/greece-debt-restructuring-by-yanis-varoufakis-2015-07#Ad17PiwJ3JuBpcp5.99

Literatur

- Chesnais, François: Les dettes illégitimes. Paris, 2011.
- Hayek, Friedrich August von: Individualism and Economic Order. Chicago, 1980.
- Hayek, Friedrich August von (GS): Gesammelte Schriften in deutscher Sprache. Tübingen, 2001 ff.
- Le Monde diplomatique, Mars 2015: Dette publique, un siècle de bras de fer.
- Le Monde diplomatique, Juin 2015: Grèce, le coup d'Etat silencieux.
- Marti, Urs: Demokratie. Das uneingelöste Versprechen. Zürich, 2006.
- Marti, Urs: Sklaven und Gentlemen. In: Kreissl, Reinhard (Hg.): Citizen by Proxy und Individualrechte. Wien, Berlin, 2009.
- Marti, Urs: Arbeit – (k)ein Thema der politischen Philosophie. In: Baer, Josette; Rother, Wolfgang (Hg.): Arbeit. Philosophische, juristische und kulturwissenschaftliche Studien. Basel, 2014.
- Streeck, Wolfgang: Gekaufte Zeit. Berlin, 2013.
- Tsipras, Alexis: Non à une zone euro à deux vitesses. Le Monde, 2015. www.lemonde.fr/economie/article/2015/05/31/alexis-tsipras-l-europe-est-a-la-croisee-des-chemins_4644263_3234.html.
- Weber, Max: Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Russland. In: Gesammelte Politische Schriften. Tübingen, 1958.